

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	3/2022
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	22.02.2022
Zeit:	19:00 Uhr – 21:40 Uhr
Ort:	Aula Schulzentrum, Alter Postweg 10
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Geißler, Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein und Konrad</p> <p><u>FW</u> Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl, KH Streib und Wachert</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert, Oppelt, Stadträte Bernauer und Schendzielorz</p> <p><u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p>
weiter anwesend:	Herr Möhrle (FB 3)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Streib und von Reumont, Stadtrat Wagner
Urkundspersonen:	Stadträte KH Streib und Bergsträsser
Sachvortrag:	Herr Möhrle zu TOP 5
Schriftführerin:	Frau Polte

Bürgerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 1/2022 vom 25.01.2022**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 2/2022 vom 08.02.2022**

2.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

3: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 3/2022 vom 25.01.2022 gefassten Beschlüsse**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

3.2: **Beratung:**

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig den Aufbau und den beabsichtigten fortdauernden Betrieb eines Energiemanagements.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Förderantrag zu stellen und eine auf den Förderzeitraum von drei Jahren befristete Projektstelle zu besetzen sowie den Aufbau des Energiemanagements zu organisieren und den fortdauernden Betrieb sicherzustellen.

4: Anträge zum Haushalt 2022

4.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.
Herr Möhrle berichtet über das Gespräch im Kommunalrechtsamt zur Haushaltssituation (3,5 Mio Euro Defizit), um das die Stadtverwaltung nachgesucht habe. Im Kommunalrechtsamt sei wohlwollend zur Kenntnis genommen worden, dass die Stadt von sich aus den Kontakt mit der Rechtsaufsichtsbehörde gesucht habe. Es sei ein sehr eindringliches Gespräch gewesen, wobei positiv bemerkt worden sei, dass die Stadt das Problem ihres strukturellen Defizits erkannt und eine Haushaltsstrukturkommission eingerichtet habe, die sich fortgesetzt um Begrenzung der Ausgaben und Verbesserungen der Einnahmen kümmere. Es sei nachdrücklich deutlich gemacht worden, dass die Einnahmesituation weiterhin auf den Prüfstand müsse, und vor allem die freiwilligen Leistungen. Für den diesjährigen Haushalt sei die Genehmigungsfähigkeit vom Kommunalrechtsamt avisiert worden.

4.2: Beratung:

Stadtrat Katzenstein begründet die Grünen-Anträge.

1) 10.000 Euro für Boileraustausch: für die Haushaltsklausursitzung sei der Antrag schriftlich eingereicht, aber nicht diskutiert worden. Grundsätzlich hielten Boiler unter Waschbecken und Küchen Wasser auf einer gewissen Mindesttemperatur. Dies sei im Falle selten gebrauchter Geräte weniger sinnvoll als Durchlauferhitzer, die Wärme nur dann erzeugten, wenn sie benötigt werde. Letztere kosteten pro Stück nur wenige Hundert Euro. Als Beitrag zum Klimaschutz solle mit dem beantragten Betrag ein Austauschprogramm gestartet und bis zu 30 Boiler ausgetauscht werden. Die genannten Finanzierungsvorschläge seien auf alle Anträge bezogen zu sehen. Diese Maßnahmen, die schon länger liegen, könnten noch ein Jahr geschoben werden.

2) 20.000 Euro für Fußverkehr: Aktive Mobilität sei nach den FORSA-Umfragen der letzten Jahre eines der wichtigsten Themen, zu denen sich die Bürger Investitionen zur Verkehrsplanung seitens der öffentlichen Hand wünschen: bessere Fußwege, umweltfreundliche Vernetzungsangebote, Radverkehr. Die Stadt solle sich zum dritten Mal um den kostenfreien Fußverkehrscheck bewerben, aber anders als in den Vorjahren solle man im Fall einer Ablehnung dann eben selbst loslegen.

3) 40.000 Euro für den Radverkehr: ursprünglich habe man 60.000 Euro hierfür beantragt, nun reduziert auf 40.000 Euro. Auch dies sei eine Investition in den Klimaschutz. Er erinnert daran, dass in der letzten Sitzung alle Fraktionen und die Verwaltung angekündigt hätten, sie wollten mehr für Klimaschutz tun als nur die Mindestziele der Klimaschutz-Kooperationsvereinbarung erfüllen, und er hoffe, dass es sich dabei nicht nur um Lippenbekenntnisse handle.

Stadtrat Rehberger hält alle Grünen-Anträge für sinnvoll und wünschenswert. Allerdings sei der Spielraum in diesem Haushalt aber wieder sehr eng.

Mit dem Antrag 1 „schnell mal was machen“ kämen die Freien Wähler nicht klar. Statt eines Schnellschusses wünsche man eine detaillierte Aufstellung, wo was in welchen Liegenschaften gemacht werden muss. Auch der Klimaschutzbeirat habe schon die eine oder andere Schule angeschaut und Vorschläge gemacht, und in der

Klausurtagung Klimaschutz würden diese Fragen auf den Tisch kommen. Alle Maßnahmen sollten genau auf die einzelnen Liegenschaften angepasst sein.

Zum Antrag 2 hätten die Freien Wähler bisher immer mit den Grünen mitgestimmt. Man solle sich durchaus wieder bewerben, müsse aber daran denken, dass der Check in der Verwaltung umgesetzt werden müsse. Im hierfür zuständigen Tiefbaubereich sei es allerdings gerade personell schwierig, da noch kein Ersatz für Herrn Seiz eingestellt sei. Man könne die Mittel im Haushalt belassen, so dass Geld für den Fall zur Verfügung stehe, dass die Stadt nicht ausgewählt werde.

Auch bei Antrag 3 sei die genannte Personalsituation zu bedenken. Die von der Verwaltung bereits eingestellten Mittel sollten reichen, um die dieses Jahr notwendigen Dinge umzusetzen.

Stadtrat Bernauer bemerkt, die CDU habe sich in Anbetracht dessen, in welche Richtung die großen Projekte laufen, dieses Jahr eher an kleinen Projekten orientiert. Er erwähnt die CDU-Anträge: Ratsinformationssystem, Lautsprecheranlage Friedhof, Schild und Beleuchtung am Neckarufer.

Stadtrat Schimpf befürwortet eine Detailprüfung beim Boileraustausch. Das Geld im Haushalt müsste zur Umsetzung ausreichen. Bezüglich Fußverkehr tendiert er zum Abwarten, ob die Stadt in die Förderung komme. Falls nicht, sollte man im Gemeinderat nochmals darüber reden, ob man einen eigenen Check finanzieren wolle. Bezüglich Radverkehr solle man bereit sein, an markanten Ecken etwas zu tun. Sehr wichtig sei der SPD die Rampe vom Parkplatz Schulstraße zum Schulhof und Sängenheim.

Stadtrat Katzenstein hält es für zu aufwändig, wenn das Gebäudemanagement erst einmal eine Liste der Boiler-Standorte erstelle. Er rät dazu, die beantragten Mittel als Merkposten einzustellen, und die Gebäude nach und nach durchzugehen.

Stadträtin Groesser weist darauf hin, die Stadt werde bei den nächsten Abrechnungen merken, dass die Stromrechnungen immens steigen. Es sei zum Wohl des Haushalts, hier mit einfachen Mitteln Strom einzusparen. Herr Lainer habe in seiner Begutachtung der Schulen genau diesen Punkt mit den Durchlauferhitzern angemerkt. Wo immer möglich, solle man an den Austausch gehen, und nicht nur in den Schulen. Man müsse nicht auf die Klausurtagung warten.

Der Bürgermeister schildert die Sicht der Verwaltung. Er hält es nicht für notwendig, zusätzliche Haushaltsmittel für den Boileraustausch einzustellen. Die bereits eingestellten Mittel für Sanierungen würden ausreichen, das Energiemanagement könne sich prioritär um nötige Austausche kümmern. An der Grundschule Dilsberg-Mückenloch sei für nächstes Jahr eine Sanierung in größerem Stil eingepplant. Diesbezüglich solle man die Austauschmaßnahmen auf das nächste Jahr schieben. Zum Fußverkehr schlägt er vor, dass sich die Verwaltung um den kostenlosen Check bewirbt. Falls man nicht zum Zuge kommen solle, wolle er die Frage einer Selbstfinanzierung nochmals ins Gremium bringen und separat beschließen lassen. Man brauche also auch hierfür keinen gesonderten Mittelansatz. Insgesamt gefalle ihm eher weniger, dass bei dem geförderten Fußverkehrcheck nur um die Prüfung spezieller Routen durch die Stadt gehe. Ihm wäre eine generelle Überprüfung in der

gesamten Stadt lieber. Er erinnert an das Projekt der Jugendlichen im Arbeitskreis „Barrierefreiheit“, die sich auch Gedanken um Fußgänger, Rollator- und Rollstuhlfahrer gemacht hätten.

Beim Radverkehr habe man dieses Jahr Maßnahmen im Fokus, die nicht von der Stadt bezahlt werden müssen, etwa die Radwegführung an der großen Kreuzung und in der Wiesenbacher Straße. Hier sei der Landkreis in der Pflicht. Er führt aus, der Bauhof habe inzwischen den Radweg von der Schleuse Neckarsteinach bis zur Kreisstraße gemacht. Ggf. könnten einzelne Maßnahmen im Gremium vorgestellt und einzeln entschieden werden.

Aus Sicht der Verwaltung seien alle Gegenfinanzierungsvorschläge so wichtig, dass sie nicht gestrichen oder geschoben werden können.

Stadtrat Hertel stimmt der Linie der Verwaltung zu. Der Boileraustausch sei sehr wichtig, solle aber innerhalb der Gebäudesanierung erfolgen. Maßnahmen für den Fuß- und Radverkehr sollten wie vorgeschlagen über den laufenden Haushalt umgesetzt werden. Auch er sieht, dass die Umsetzung des Programms anspruchsvoll für die Verwaltung in ihrer aktuellen personellen Ausstattung ist. Für Verbesserungen im Fußverkehr habe man nun über den Jugendforums-Arbeitskreis die Möglichkeit, sich die aufgezeigten Stellen anzuschauen. Wenn man auf diese Weise Informationen von den Freiwilligen bekäme, erhalte man gewiss genügend Material, woran man anpacken könne.

Stadträtin Groesser bemängelt: wenn man Anträge bezüglich kleinerer Beträge stelle, bekomme man von der Verwaltung immer wieder zu hören, dass bekäme man im laufenden Haushalt unter, und größere Dinge könne man im Lauf des Jahres dann immer noch separat entscheiden. Wofür stelle man überhaupt einen Haushalt auf, wenn hinterher noch weitere Summen kommen?

Der Bürgermeister antwortet, grundsätzlich sei der Haushaltsplan ein Plan, der die großen Summen bzw. Ausgabenblöcke zusammenstelle. Man habe darin aber auch Sammelpositionen, etwa für das Gebäudemanagement, oder Straßensanierung – dies zum Teil auch als Reservepositionen, weil man nicht wisse könne, was im Lauf des Jahres kaputt geht. Insgesamt sollten die Finanzmittel strukturiert vorgeplant werden. Die Verwaltung nehme Haushaltsanträge grundsätzlich als Aufforderung an, dass bestimmte Themen wichtig seien, und kümmere sich wenn möglich darum. Umgekehrt wiederum sei es nicht zwingend, die in einem Ansatz vorgeplanten Gelder tatsächlich auszugeben, wenn es nicht notwendig sei.

Herr Möhrle ergänzt, es gebe immer noch die Möglichkeit, zu einem Zeitpunkt, wo sich möglicherweise abzeichnet, dass es Verschiebungen bei eingeplanten Maßnahmen gibt, über- und außerplanmäßig Gelder einzustellen. Auf diese Weise ergebe sich dann schon automatisch die Gegenfinanzierung.

Stadtrat Fritsch führt aus, die beantragten zusätzlichen Mittel seien bei einem 40-Millionen-Haushalt eher „peanuts“. Er gehe davon aus, dass die Mitarbeiter der Verwaltung wissen, was notwendig sei, in Anbetracht von Sanierungszwang und Klimaschutz. Man solle das angehen, was wichtig ist.

Stadtrat Rehberger begrüßt, dass die Grünen zur Gegenfinanzierung Streichungsvorschläge gemacht haben. Allerdings seien die drei hierfür ausgewählten Maßnahmen auch dringend und wichtig.

Stadträtin Dr. Welter äußert Unverständnis, dass sich in der letzten Sitzung alle für Klimaschutz ausgesprochen hätten, und nun die als Gegenfinanzierung genannten Maßnahmen beibehalten wollten, obwohl sie nicht primär den Klimaschutz im Fokus haben, etwa Überdachungen für Autos, oder Zäune!

Der Bürgermeister stellt den Antrag 1 (10.000 € für Boileraustausch) zur Abstimmung. Unabhängig vom Ausgang wolle er das Energiemanagement beauftragen, entsprechende Lösungen zu finden.

Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen. Nachdem die Gegenfinanzierungsvorschläge nicht befürwortet werden, soll die Mehrausgabe über eine Rücklagenentnahme finanziert werden.

Der Bürgermeister stellt anschließend den Antrag 2 (20.000 € für Fußverkehr) zur Abstimmung. Dieser wird mit 9 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Abschließend stellt der Bürgermeister den Antrag 3 (40.000 € für Radverkehr) zur Abstimmung. Dieser wird mit 9 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag 4 (2.500,- € für Moderation von Gesprächen mit der Initiative Waldwende) wurde bereits vor der Sitzung von der CDU zurückgenommen.

Antrag 5, Solarbeleuchtung für ein Schild mit Aufschrift „Neckargemünd“ am Neckarufer, wird von Stadtrat Bernauer begründet. Man wünsche sich eine touristische Aufwertung des Neckarlauers.

Stadträtin Groesser erinnert daran, dass in der Klausurtagung vorgeschlagen worden sei, die Ausgaben hierfür über Spenden zu finanzieren.

Der Bürgermeister bestätigt das. Er wolle einen Förderantrag an die Lore-Kirchhofer-Stiftung stellen. Seine Frage, ob die Behandlung des Antrags hiermit seitens der CDU als ausreichend gewürdigt erachtet würde, wird bejaht. Der Bürgermeister wird beauftragt, Kontakt mit der Stifung aufzunehmen. Eine Abstimmung des Antrags erübrigt sich damit.

Antrag 6, Rampe vom Parkplatz Schulstraße zu Schulhof und Sängenheim Waldhilsbach, wird von Stadträtin Linier, zugleich Waldhilsbacher Ortsvorsteherin, begründet. Dieser Antrag sei dem Ortschaftsrat wegen der barrierefreien Erreichbarkeit von Schulhof und Mehrzweckhalle besonders wichtig. Hier spiele sich ein großer Teil des öffentlichen Lebens ab. In der Ortschaft gebe es inzwischen zahlreiche Menschen, die Rollatoren benötigen, oder im Rollstuhl sitzen, und deshalb de facto vom Gemeinschaftsleben ausgeschlossen seien. Auch eine Familie mit einem Kind im Rollstuhl habe wegziehen müssen, da für das Kind die Schule nicht zugänglich gewesen sei – einziger Zugang zur Schule sei der Weg über die Treppe.

Neckargemünd stehe Barrierefreiheit gut zu Gesicht. Die Verwaltung werde um Prüfung gebeten, mit welchen technischen Voraussetzungen (notwendige Steigung, Platzbedarf) eine solche Rampe zu realisieren wäre; evtl. würde nur ein Parkplatz wegfallen müssen.

Stadtrat Katzenstein rät dazu, hinsichtlich der Förderfähigkeit einer solchen Rampe Kontakt mit der Landesbehindertenbeauftragten aufzunehmen. Er meint, man könne ggf. eine Förderung von 90 % erhalten.

Der Bürgermeister schlägt vor, man solle die Situation innerhalb der nächsten 6 – 8 Wochen vor Ort bei einem Ortstermin untersuchen, sowie in Erfahrung bringen, was gefördert werde. Wenn man eine behindertengerechte Rampe baue, solle sie für möglichst viel Nutzer aus eigener Kraft erreichbar sein. Nach der Ermittlung der Kosten und Fördermöglichkeiten wolle er das Thema erneut in den Gemeinderat bringen, und ggf. im nächsten Jahr realisieren. Hiermit sind sowohl Ortsvorsteherin Linier als auch die SPD einverstanden, so dass der Antrag nicht abgestimmt werden muss.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat entscheidet über die Aufnahme der Anträge in den Haushalt 2022, wie folgt:

Antrag 1 (10.000 € für Boileraustausch) wird 12 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen. Die Mehrausgabe ist über eine Rücklagenentnahme zu finanzieren. Das Energiemanagement wird beauftragt, die Austauschmaßnahmen nach Notwendigkeit durchzuführen.

Antrag 2 (20.000 € für Fußverkehr) wird mit 9 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 3 (40.000 € für Radverkehr) wird mit 9 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 4 (2.500,- für Moderation von Gesprächen mit der Initiative Waldwende) wurde von der CDU zurückgenommen, eine Abstimmung damit obsolet.

Antrag 5 (Solarbeleuchtung für ein Schild mit Aufschrift „Neckargemünd“) soll für den Fall einer Umsetzung über Spenden realisiert werden. Der Bürgermeister wird übereinstimmend beauftragt, Kontakt mit der Lore-Kirchhofer-Stiftung aufzunehmen und einen dahingehenden Antrag zu stellen. Eine Abstimmung des Antrags war daher nicht erforderlich.

Zu Antrag 6 (Rampe vom Parkplatz Schulstraße zu Schulhof und Sängenheim Waldhilsbach) wird die Verwaltung übereinstimmend beauftragt, bei einem Ortstermin innerhalb der nächsten 6 – 8 Wochen die Realisierungsmöglichkeiten und Förderfähigkeit zu prüfen, sowie das Ergebnis der Prüfung erneut in den Gemeinderat zu bringen. Eine Realisierung wird spätestens im nächsten Jahr in Aussicht gestellt. Die Antragsteller erklärten sich hiermit einverstanden, so dass keine Abstimmung erforderlich war.

5: **Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Die Sprecher der Fraktionen tragen die Haushaltsreden ihre Fraktionen vor. Es sprechen die Stadträte Katzenstein, Rehberger, Bernauer, Schimpf, Ortsvorsteher Bergsträsser (Mückenloch), Ortsvorsteherin Linier (Waldhilsbach), Stadträte La Licata und Fritsch.

5.2: **Beratung:**

-

5.3: **Beschluss:**

Haushaltssatzung der Stadt Neckargemünd für das Haushaltsjahr 2022

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 22.02.2021 einstimmig die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen EUR

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	36.679.600
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	- 40.238.300
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	- 3.558.700
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	- 3.558.700

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	36.079.600
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	- 36.636.700
2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	- 557.100
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	1.134.000
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	- 3.847.400
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	- 2.713.400
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	- 3.270.500
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	2.500.000

2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	- 798.600
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	1.701.400
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	- 1.569.100

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 2.500.000 EUR.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 0 EUR.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 5.000.000 EUR.

Nachrichtlich:

Die nachfolgend aufgeführten Realsteuer-Hebesätze wurden in der Hebesatzung vom 10.05.2005, zuletzt geändert am 26.10.2021, festgesetzt und werden hier nur nachrichtlich wiedergegeben. Sie betragen

1. für die Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 320 v. H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 400 v. H.
der Steuermessbeträge;
2. für die Gewerbesteuer auf 360 v. H.
der Steuermessbeträge.

Neckargemünd, den 22.02.2022

Frank Volk, Bürgermeister

2. Der Gemeinderat beschließt die mittelfristige Planung wie im Haushaltsplan enthalten.

6: Beteiligung der Stadt Neckargemünd an der Resolution der Fraktionen des Kreistages zum Thema „Impfen gegen Corona“

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister erläutert die Vorlage. Er erinnert daran, dass die Verwaltung sich bisher extrem für die Förderung des Impfens eingesetzt habe, über wiederholte Impfkationen, und das Impfen weiterhin als Weg aus der Pandemie unterstütze.

6.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser trägt vor, in der Fraktionsvorsitzendenrunde, in der die Frage einer Äußerung des Gemeinderates zur Unterstützung der Impfkampagne aufgekomen sei, habe sie gedacht, dass die Stadt gemeinsam mit dem Gemeinderat etwas Eigenes aufsetzen wolle. So sei es aber auch in Ordnung. Es sollte sichergestellt sein, dass die EntschlieÙung des Gemeinderates in der Presse gebührend kommuniziert wird.

Dies sagt der Bürgermeister zu. Gewiss werde auch die Zeitung darüber berichten. Die Stadt werde auch in Zukunft wieder Impftermine anbieten, wenn der Bedarf wieder wahrnehmbar sei. Alles sei so vorbereitet, dass in wenigen Tagen wieder Impfkationen angeboten werden könnten. Man beobachte auch, wie die „Spaziergänge“ von Impfgegnern in der Stadt ablaufen. In Neckargemünd gehe es diesbezüglich aber im Vergleich zu anderen Gemeinden sehr ruhig zu. Leider wisse man nicht, wie viele Menschen in Neckargemünd geimpft sind, da es kein Impfreister in Deutschland gibt. Stadt und Bürgermeister würden auch weiterhin für das Impfen werben.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass die Stadt Neckargemünd sich an der in der Vorlage abgedruckten Resolution zum Impfen gegen Corona beteiligt, die auf Initiative der Kreistagsfraktionen entstanden ist. Die Verwaltung wird mit der Weiterleitung des Beschlusses an den Rhein-Neckar-Kreis und Veröffentlichung des Beitritts in der Presse beauftragt.

7: **Mitteilungen und Anfragen**

7.1 **Glasfaserausbau am Schulzentrum**

Der Bürgermeister informiert, dass die großen Kabelrollen vor dem Schuleingang schon im Zusammenhang mit den Arbeiten zur Glasfaseranbindung des Schulzentrums stehen. Die Anbindung dürfte bis zum Sommer abgeschlossen sein. Parallel laufe die Anbindung von Grundschule und Feuerwehr, dann entlang der Schützenhausstraße bis zum Langenbachweg.

7.2 **Wohnungsanmietungen durch SRH**

Stadtrat Wachert nimmt Bezug auf die Wohnungen im Stadtgebiet, die SRH und BBW für Außenwohngruppen angemietet haben. Er habe ein digitales Meeting mit den Geschäftsführern LohwaÙer und Ruf gehabt. Beide hätten nichts von den Aussagen ihrer Vorgänger gegenüber dem Gemeinderat gewusst, nach denen Konzentration

und Rückgabe nicht benötigter Wohnungen signalisiert worden sei. In den nächsten Wochen habe er erneut ein Meeting mit den Geschäftsführern.

Der Bürgermeister führt aus, er werde sich im März mit allen vier Geschäftsführern zu einem Gespräch treffen, worin es um das angesprochene Thema, sowie um weitere gehen werde. Er sei mit der SRH im Dialog und werde nach den Gesprächen berichten.

Stadtrat Fritsch bittet darum, dass der Bürgermeister an die SRH weitergibt, dass in der Stadt dringender Wohnraumbedarf besteht.

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf das von der SPD angesprochene Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum. Dieses rechtssicher zu verankern, sei schwierig. Es wirke nur in die Zukunft, fehlentwickelten Raum bekomme man über ein Zweckentfremdungsverbot nicht wieder zurück als Wohnung. Das Thema, dass die SRH vielfach Wohnungen dem Markt entzieht, werde dadurch nicht gelöst, denn die Wohnungen würden auch von der SRH als Wohnraum genutzt.

7.3 **Krisenhandbuch für Bedrohungslagen**

Stadtrat Bergsträsser nimmt Bezug auf einen RNZ-Presseartikel, in dem aus der Gemeinde Brühl ein Notfallmanager mit Einsatzplänen vorgestellt worden sei. Der Gemeinderat habe schon oft nachgefragt, ob es auch für Neckargemünd Kriseneinsatzpläne gebe. Diese sollten vorgestellt werden.

Der Bürgermeister sieht Krisenpläne als nicht uneingeschränkt sinnvoll für die Bevölkerung. Es gebe Krisenpläne in der Feuerwehr und den anderen Hilfsorganisationen. Charakteristisch für eine Krise sei, dass sich die Situation ständig ändere. Da sei es vor allem von Bedeutung, die entsprechenden Köpfe zu haben, die schnell und gut zusammenarbeiten. Dies funktioniere im Neckargemünder Krisenmanagement reibungslos. In allen entsprechenden Organisationen gebe es Menschen, die mit den Krisen hervorragend umgehen können, und in der Krise entscheidungsbereit sind. Man habe die Krisenpläne im Kopf, und halte sie zugleich ständig aktuell. Seit 2 Jahren befinde man sich in der Dauerkrise. Aktuell sei vor allem Arbeiten angesagt, für das Niederschreiben fehle momentan die Zeit. Man wolle das baldmöglichst nachholen. Zusätzlich nehme man auch kleine Anlässe wie das letzte Sturmgebiet als Übungsmöglichkeit. Er schlägt vor, in einer nichtöffentlichen Sitzung den Ordnungsamtsleiter, Herrn Horvath, sowie den Stadtbrandmeister, Herrn Weinmann, eine entsprechende Präsentation vortragen zu lassen und zu zeigen, welche Werkzeuge die Stadt in der Krise nutzt. Dies wird im Gremium begrüßt.

7.4 **Informationen über weiteren Fortgang der Jugendbeteiligungs-Projekte**

Stadträtin Schlüchtermann möchte wissen, wie der Gemeinderat über den Fortgang der Projekte unterrichtet werde.

Der Bürgermeister erläutert, die Jugendlichen seien in engem Dialog mit Frau Vollmer. Erste Angebote würden eingeholt, derzeit gebe es 6 verschiedene Projekte. Wenn es etwas zu berichten gebe, werde das wieder im Gemeinderat präsentiert. Man solle aber den Jugendlichen Zeit geben, ihre Arbeit zu machen.

7.5 **Sachstand Lärmaktionsplan**

Stadträtin Groesser fragt, ob es schon eine Nachricht vom Ingenieurbüro Koehler und Leutwein bezüglich des Lärmaktionsplans gebe. Dies verneint der Bürgermeister.

7.6 Energiebericht 2019

Stadträtin Groesser erkundigt sich, ob der Energiebericht 2019 der KLiBA schon an die Gemeinderäte verschickt worden sei. Sie habe nichts erhalten. Sie bittet um Prüfung. Von der Verwaltung wird informiert, dass der Energiebericht noch nicht abgeschlossen ist ; er werden nach Fertigstellung den Gemeinderäten zugeleitet.

7.7 Sachstand Villa Kiwi

Stadträtin Groesser fragt, warum die Mieter aus der Villa Kiwi hätten ausziehen müssen. Der Bürgermeister kündigt eine Information in der nichtöffentlichen Sitzung an.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat KH Streib

Die Schriftführerin

Stadtrat Bergsträsser